

A Bebauungsplanentwurf „Fremde Lukwiesen“ im Planbereich 14.09 in Nürtingen-Raidwangen – Auslegungsbeschluss

Der Gemeinderat der Stadt Nürtingen hat am 3. 2. 1981 beschlossen, den Bebauungsplanentwurf „Fremde Lukwiesen“ im Planbereich 14.09 in Nürtingen-Raidwangen erneut öffentlich auszulegen. Maßgebend sind jetzt der Lageplan mit Textteil sowie die Begründung des Stadtbauamtes Nürtingen je vom 9. 3. 1981.

Der räumliche Geltungsbereich wird begrenzt:

Im Westen durch das Flurstück 523; im Norden durch die Südseite der Talstraße (OW 9) mit den Flurstücken 485/19 und 533; im Osten durch die Westseite des OW 22 – Straße Im Auchtert – die Westgrenze der Flurstücke 556/1, 552/1 und 551/1, anschließend durch die südlichen Grundstücksgrenzen der Gebäude Buhlstraße 1 bis 11 und die Ostseite der Großbettinger Straße; im Süden durch das angeschnittene Flst. 554, die Nordgrenze des Flst. 1290, die angeschnittenen Flurstücke 1296 bis 1310 und 1270/2 sowie der Nordgrenze der Flurstücke 1266 bis 1270/1.

Der Bebauungsplanentwurf und die Begründung liegen vom 13. 4. 1981 an auf die Dauer eines Monats beim Bürgermeisteramt Nürtingen in Nürtingen, Marktstraße 7, Baurechtsamt, Rathaus, Zimmer 13, während der Dienststunden öffentlich aus.

Bedenken und Anregungen können während dieser Auslegungsfrist vorgebracht werden.

Der Bebauungsplanentwurf hat bereits vom 20. 10. 1980 an auf die Dauer eines Monats öffentlich ausgelegen. Aufgrund der damals eingegangenen Anregungen und Bedenken wurde der Bebauungsplanentwurf geändert und liegt nun nochmals in der abgeänderten Form öffentlich aus. Seinerzeit vorgebrachte Anregungen und Bedenken sind gegenstandslos und müssen gegebenenfalls erneut vorgebracht werden.

B 4. Änderung des Bebauungsplanes „Erweiterung Grienländer“ im Planbereich 12.12 in Nürtingen-Zizishausen

Der Gemeinderat der Stadt Nürtingen hat den Bebauungsplan zur 4. Änderung des Bebauungsplanes „Erweiterung Grienländer“ im Planbereich 12.12 in Nürtingen-Zizishausen durch Beschluss vom 14. 10. 1980 als Satzung beschlossen. Maßgebend sind der Lageplan mit Textteil sowie die Begründung des Stadtbauamtes Nürtingen jeweils vom 10. 11. 1979.

Der Bebauungsplan wurde vom Regierungspräsidium Stuttgart mit Erlaß vom 20. 3. 1981 – AZ.: 13 – 2210 – 12.12 – Nürtingen – genehmigt.

Innerhalb des räumlichen Geltungsbereiches liegen folgende Flurstücke:

856/1 mit den Gebäuden 4, 6 und 8 Lauterstraße, 855/2 mit Gebäude Nr. 1 Fabrikstraße, 856/2, 857/2, Teilflächen von den Flurstücken 858/1, 855/1 Fabrikstraße, 857/1 Lauterstraße, 760 Stegweg und 791/2 Seestraße.

Der Bebauungsplan einschließlich Begründung kann beim Bürgermeisteramt Nürtingen in Nürtingen, Marktstraße 7, Rathaus, Zimmer 13, während der Dienststunden eingesehen werden. Jedermann kann über seinen Inhalt Auskunft verlangen. Er wird mit dieser Bekanntmachung rechtsverbindlich.

Eine etwaige Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften des Bundesbaugesetzes bei der Aufstellung dieses Bebauungsplanes wird nach § 155 a Abs. 1 und 3 BBauG unbeachtlich, wenn sie nicht unter Bezeichnung der Verletzung innerhalb eines Jahres seit Inkrafttreten des Bebauungsplanes schriftlich gegenüber der Stadt Nürtingen geltend gemacht worden ist. Dies gilt nicht, wenn die Vorschriften über die Genehmigung oder die Bekanntmachung dieses Bebauungsplanes verletzt worden sind. Auf die Vorschriften des § 44 c Abs. 1 Satz 1 und 2 Abs. 2 des Bundesbaugesetzes i.d.F. des Gesetzes zur Beschleunigung von Verfahren und zur Erleichterung von Investitionsvorhaben im Städtebaurecht vom 6. 7. 1979 (BGBl. I, S. 949) über die fristgemäße Geltendmachung etwaiger Entschädigungsansprüche für Eingriffe in eine bisher zulässige Nutzung durch diesen Bebauungsplan und über das Erlöschen von Entschädigungsansprüchen wird hingewiesen.

C Planfeststellung für den Bau einer stadtnahen Südumgehung – Bauteil II, Abschnitt 4 – auf Gemarkung Nürtingen – Anhörungsverfahren

Die Stadt Nürtingen hat für das oben genannte Verfahren das Planfeststellungsverfahren beantragt.

Damit jedermann, dessen Belange durch den Plan berührt werden, Gelegenheit hat, sich zu dem Vorhaben zu äußern, liegen die Planunterlagen in der Zeit vom 13. April 1981 bis 13. Mai 1981 einschließlich beim Bürgermeisteramt Nürtingen in Nürtingen, Marktstraße 7, Baurechtsamt, Rathaus, Zimmer 13, während der Dienststunden zur allgemeinen Einsicht aus.

Einwendungen gegen den Plan können bis zwei Wochen nach Ablauf der Auslegungsfrist, das ist bis zum 27. Mai 1981, beim Bürgermeisteramt Nürtingen, Marktstraße 7, Rathaus, Zimmer 13, oder beim Regierungspräsidium Stuttgart, Breitscheidstraße 4, 7 Stuttgart 1, schriftlich oder zur Niederschrift möglichst in doppelter Fertigung erhoben werden. Verspätete Einwendungen können bei der Erörterung und der Entscheidung unberücksichtigt bleiben. Einspruchsschreiben müssen die volle Anschrift des Einsprechenden enthalten. Außerdem sind nach Möglichkeit Flurstücknummer und Eigentümer von betroffenen Grundstücken anzugeben. Die Einwendungen sollen begründet werden.

Wichtig:

Alle Entschädigungsfragen (z. B. Kaufpreis für Grundstücke, die zur Durchführung des Vorhabens benötigt werden) sind nicht Gegenstand des Planfeststellungsverfahrens. Entschädigungsforderungen bleiben vielmehr einem gesonderten Entschädigungsverfahren vorbehalten, das erst durchgeführt wird, wenn der Plan festgestellt ist und die Verwirklichung des Vorhabens feststeht. Werden gegen den Plan Einwendungen erhoben, so werden diese in einem Termin erörtert, der noch ortsüblich bekanntgegeben wird. Diejenigen, die Einwendungen erhoben haben, werden von diesem Termin gesondert benachrichtigt. Dies gilt nicht, wenn mehr als 300 Beteiligte Einwendungen erhoben haben; in diesem Fall können alle Beteiligten von dem Erörterungstermin durch öffentliche Bekanntmachung benachrichtigt werden. Bei Ausbleiben eines Beteiligten in dem Erörterungstermin kann auch ohne ihn verhandelt werden.

Die Zustellung des Planfeststellungsbeschlusses kann durch öffentliche Bekanntmachung ersetzt werden, wenn mehr als 300 Zustellungen vorzunehmen sind.

Durch Einsichtnahme in die Planunterlagen entstehende Kosten können nicht erstattet werden.

Nürtingen, den 1. April 1981

A. Bachofer
Oberbürgermeister